

8485

Stenographisches Protokoll

94. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 13. Juni 1985

Inhalt	Eingebracht wurden
Personalien	Bericht
Krankmeldungen (S. 8486)	III-97: Bericht über die Tätigkeit der UN-Kontingente des österreichischen Bundesheeres im Jahre 1984; BM f. Landesverteidigung (S. 8500)
Entschuldigungen (S. 8486)	
Fragestunde (70.)	Anfragebeantwortungen
Wissenschaft und Forschung (S. 8486)	des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Hietl und Genossen (1221/AB zu 1260/J)
Burgstaller (544/M); Probst, Dr. Seel, Lußmann	des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Karas und Genossen (1222/AB zu 1264/J)
Bergmann (545/M); Hintermayer, Dr. Preiß, Hietl	des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lichal und Genossen (1223/AB zu 1270/J)
Posch (535/M); Dr. Höchtel, Dr. Gugerbauer, Dr. Hilde Hawlicek	des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Lichal und Genossen (1224/AB zu 1355/J)
Bundeskanzleramt (S. 8492)	des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Pischl und Genossen (1225/AB zu 1265/J)
Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (549/M); Grabher-Meyer, Teschl, Dr. Steidl	des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen (1226/AB zu 1272/J)
Dr. Kohlmaier (553/M); Dr. Helene Partik-Pablé, Kuba, Koppensteiner	des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Genossen (1227/AB zu 1238/J)
Dr. Schwimmer (552/M); Dr. Helene Partik-Pablé, Kokail, Dr. Feurstein	des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen (1228/AB zu 1240/J)
Bundesregierung	
Vertretungsschreiben (S. 8500)	
Ausschüsse	
Zuweisungen (S. 8500)	

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident **Benya**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Paulitsch, Ing. Gassner, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst und Helga Wieser.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Graf und Ing. Helbich.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Burgstaller (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

544/M

Warum sind drei Institute an der Montanuniversität Leoben noch nicht besetzt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. **Fischer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen ja, daß zwischen dem Freiwerden eines Ordinariats und der Wiederbesetzung auf Grund der zur Besetzung einzuhaltenden Verfahren ein gewisser Zeitraum vergeht. Daher ist es in Österreich so, daß etwa 7 bis 10 Prozent der Ordinariate jeweils unbesetzt sind; erfreulicherweise gibt es hier eine fallende Tendenz. Leoben hat etwa 31 Ordinariate, davon sind derzeit 3 unbesetzt. Das liegt absolut im Bereich des österreichischen Durchschnitts.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Burgstaller:** Herr Bundesminister! Die Montanuniversität Leoben genießt großes nationales und internationales Ansehen. Sie wissen, daß die Montanuniversität steigende Hörerzahlen hat. Sie wissen auch, daß sich die Montanuniversität ganz besonders bemüht, vor allem in der letzten Zeit, neben Wissenschaft, Forschung und Lehre auch ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise beziehungsweise der wirtschaftlichen Pro-

bleme in der Obersteiermark zu leisten. Es ist daher die Besetzung dieser Institute auch von primärer wirtschaftlicher Bedeutung.

Ich darf Sie daher konkret fragen: Bis wann werden diese Institute besetzt sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Fischer:** Herr Abgeordneter! Es handelt sich erstens um das Institut für Wärmetechnik. Hier ist Universitätsprofessor Woelk am 26. April ein endgültiger Berufungsvorschlag zugegangen. Ich erwarte in diesen Tagen seine Entscheidung. Wenn er die Berufung annimmt, dann ist das eine rasche Sache, wenn er nicht annimmt, muß natürlich mit einem weiteren Kandidaten verhandelt werden.

Der zweite unbesetzte Lehrstuhl ist die Kunststoffverarbeitung. Hier ist dem Kandidaten, Professor Taprogge von der Hochschule Aachen, am 20. Mai 1985 ein endgültiges Berufsangebot zugegangen.

Der dritte freie Lehrstuhl ist die Gießereikunde. Hier wird mit Professor Pacyna verhandelt. Berufsakt ist in diesen Tagen bei der interministeriellen Besprechung zwischen Wissenschaftsministerium, Bundeskanzleramt und Finanzministerium, um die endgültigen finanziellen Bedingungen festzulegen.

Das heißt: Wenn nicht ausgewählte Bewerber absagen, müßten alle drei Lehrstühle heuer wieder besetzt sein.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter **Burgstaller:** Herr Bundesminister! Im Mai vorigen Jahres haben Sie in der Fragestunde gesagt, daß die Studienrichtung Kunststofftechnik eventuell aus Leoben abgezogen wird. Wir haben sehr erfreut zur Kenntnis genommen, daß die Studienrichtung Kunststofftechnik in Leoben verbleibt.

Die Studienrichtung Kunststofftechnik umfaßt primär vier Institute. Es ist zurzeit die Kunststoffverarbeitung nicht besetzt. Es soll die Kunststoffkonstruktion eingerichtet werden. Die Studienrichtung Kunststofftechnik wäre dann abgeschlossen, wenn ein Institut für Kunststoffchemie eingerichtet würde.

Wann, Herr Minister, wird umfassend die Kunststofftechnik als Studienrichtung eingerichtet werden?

Präsident

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Ich habe vor einem Jahr in der Fragestunde nicht gesagt, daß eventuell beabsichtigt ist, die Kunststofftechnik aus Leoben abzuziehen, sondern ich habe gemeint, es gebe Analysen, die darauf hinweisen, daß es erwägenswert wäre, diese Disziplin in Graz zu konstruieren — die Universitäten Leoben und Graz sind ja nur 50 km voneinander entfernt —, daß ich aber diese Meinung nicht teile und aus einer Reihe von Gründen dafür bin, daß die Kunststofftechnik in Leoben verbleibt und dort sogar noch ausgebaut wird.

Im Sinne dieser Zusage des Ausbaus habe ich nach Gesprächen mit dem Rektor und anderen Persönlichkeiten, auch mit dem Abgeordneten Fauland aus Leoben, im Mai, also im vergangenen Monat, die Entscheidung getroffen, daß ab 1. Jänner 1986 die Universität Leoben eine weitere Planstelle für einen ordentlichen Universitätsprofessor zur Errichtung eines Instituts für Konstruieren in Kunst- und Verbundstoffen zugeteilt wird, umso mehr, als sich auch das Land Steiermark und die Industrie an der Sachausstattung eines solchen Instituts mit gewissen Beträgen beteiligen werden. Zu dieser Zusage stehe ich selbstverständlich: ab 1. Jänner 1986.

Darüber hinausgehende Zusagen kann ich heute sicherlich nicht machen, da mir die weitere Entwicklung des Dienstpostenplanes nicht bekannt ist, und diese Kenntnis wäre ja Voraussetzung, um weitere Zusagen machen zu können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich glaube, man sollte in aller Öffentlichkeit kundtun, daß die Montanuniversität Leoben nicht nur eine der wenigen Universitäten Österreichs ist, die noch nicht von Studenten überlaufen ist, sondern auch Studienrichtungen anzubieten hat, die sehr wohl berufliche Zukunft für die Absolventen haben. Das sollte man auch jenen jungen Menschen zurufen, die jetzt Theaterwissenschaften, Soziologie, Psychologie oder andere Dinge studieren, um dann in der Steiermark zum Beispiel Abfangjägergegner zu spielen.

Herr Bundesminister! Diese Montanuniversität hat also Zukunft, und zwar nicht nur für ihre Absolventen, sondern auch für ihren Bestand. Sie haben auch früher gesagt, daß

Sie ihre Eigenständigkeit bewahren wollen. Meine Frage an Sie: Wie stehen Sie zu den Ausbauwünschen der Universität?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Ich habe erst vor wenigen Wochen die Universität Leoben besucht und mit dem Rektor und dem Professorenkollegium sehr ausführlich alle anstehenden Probleme erörtert. Ich bestätige Ihnen auch, was Sie jetzt eben gesagt haben, nämlich daß erfreulicherweise die Chancen der Absolventen von Leoben wirklich ausgezeichnet sind. Das kann man in aller Öffentlichkeit feststellen. Es ist aber natürlich nicht jedermanns Sache, wenn man sich zur Theaterwissenschaft hingezogen fühlt, dann Montanistik zu studieren, weil dort die Berufschancen gut sind. Aber ich freue mich über diese guten Berufschancen, und wir werden im Rahmen des finanziell Möglichen die Ausbauwünsche der Universität Leoben unterstützen. Ein erster konkreter Schritt wird eben die Neuerrichtung eines Instituts für Kunststofftechnik sein, das ja dann auch mit zusätzlichem Personal über das Ordinariat hinaus ausgestattet werden muß. Wir haben auch eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Universität Leoben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Seel.

Abgeordneter Dr. Seel (SPÖ): Herr Bundesminister! In Leoben ist die Rohstoffforschung ein wesentlicher Arbeitsbereich. Es ist daher in Aussicht genommen worden, das Institut für Rohstoffe neu zu bauen. Wann ist mit einer Neuerrichtung in diesem Bereich zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Dieses Institut, das sogenannte Tunner-Institut, ist fertig geplant; wir haben die Voraussetzungen für den Bau geschaffen. Es ist eine Bauzeit von etwa drei Jahren anzunehmen.

Wenn die budgetäre Vorsorge ab dem nächsten Jahr vorliegt, dann könnte von der technischen Seite her im kommenden Jahr 1986 mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lußmann.

Abgeordneter Lußmann (ÖVP): Herr Bundesminister! Wir Steirer sind sehr stolz auf

8488

Nationalrat XVI. GP — 94. Sitzung — 13. Juni 1985

Lußmann

unsere vier Hochschulen in der Steiermark. Ich glaube, man kann es ruhig auch einmal hier im Hohen Haus sagen, daß die Steiermark vier Hochschulen hat. Es gibt sicher viele, die das gar nicht wissen.

Ohne Zweifel nimmt die Montanistische Hochschule einen besonderen Rang ein, ist sie doch die einzige in Österreich und damit auch weit über unsere Grenzen hinaus bekannt.

Sehr zu loben ist auch das Bemühen der Montanuniversität, die Kontakte mit der Industrie zu pflegen.

Nun ist im Vorjahr ein Memorandum herausgekommen, das auch Ihnen, Herr Minister, zugegangen ist und das sich mit den Strukturproblemen der Obersteiermark befaßt.

Ich möchte Sie nun fragen, Herr Bundesminister, wieweit Sie selber und persönlich dazu beigetragen haben, diese Vorhaben zu unterstützen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Gerade weil Sie mit Recht stolz sind, darf ich Sie darauf hinweisen, daß es nicht nur vier Hochschulen sind, sondern drei Universitäten und eine Hochschule, denn auch Leoben ist ja seit der letzten Gesetzesnovelle in den Rang einer Volluniversität erhoben worden. Und was dieses Memorandum betrifft, so ist es mir natürlich bekannt, und wir haben es im Ministerium genau durchgearbeitet. Es sind natürlich manche Teile, die gar nicht in unsere Kompetenz fallen, aber was den universitären Bereich betrifft, den Ausbau der Montanuniversität Leoben, so stehe ich zu diesen Bemühungen.

Ich darf noch einmal konkret zusammenfassen: Wir wollen das Gebäude für dieses eine Institut neu bauen — das ist ein Kostenrahmen von weit über 100 Millionen Schilling —, wir wollen ein neues Institut für Kunststofftechnik errichten, wir wollen die bestehenden Ordinariate so rasch wie möglich besetzen. Und wir werden auch sonst dazu beitragen, daß die Universität Leoben die Absolventen produziert — der Ausdruck ist nicht sehr schön —, die Absolventen hervorbringt, nach denen wirklicher Bedarf ist, und sie sich weiter gut entwickeln kann.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Bergmann (ÖVP) an den Herrn Minister.

545/M

Warum behindern Sie die Rettung des Stiftes Dürnstein?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Sie fragen mich, warum ich die Rettung des Stiftes Dürnstein behindere. Wenn Sie die Zurverfügungstellung von 4 Millionen Schilling als Behinderung bezeichnen, dann bekenne ich mich zu dieser Behinderung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Bergmann: Herr Minister! Sie wissen natürlich, daß Sie es sich mit dieser Antwort sehr leicht gemacht haben. Es ist ja nicht um die 4 Millionen Schilling gegangen, sondern es geht um ein Gesamtvolumen von 40 Millionen Schilling, das zu dieser Rettung notwendig ist.

Ich habe Sie in einer parlamentarischen schriftlichen Anfrage vor einigen Monaten schon einmal ganz konkret gefragt: Warum haben Sie dem Vorsitzenden des Kuratoriums zur Rettung des Stiftes Dürnstein, das ist der Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll in Niederösterreich, und dem Probst des Stiftes Herzogenburg wochenlang das Gespräch verweigert? Sie haben mir darauf geantwortet — gar nicht auf die Frage, sondern einfach so —, dieses Gespräch habe bereits stattgefunden, ihm sei außerdem im vergangenen Jahr ein ausführliches Telefongespräch mit Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll vorausgegangen. Und Sie berufen sich dann auf den Standpunkt der Beamten.

Nun war es bisher — und das war die Erwartungslage — üblich, daß etwa ein Drittel der Kosten vom Bund beigesteuert wird: ein Drittel das Stift, ein Drittel das Land, ein Drittel der Bund.

Sie haben nun — und das empfinde ich als behindern — das Gespräch darüber monatelang verweigert. Ich möchte trotzdem sagen, Herr Minister — und das ist die Frage, die ich Ihnen stelle —: Ist es nicht aus Ihrer Sicht möglich, den bisherigen Standpunkt zu revidieren und zu dieser Drittelbeteiligung zu kommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Erstens einmal haben Sie da einen Betrag von 40 Millionen Schilling genannt, zu

Bundesminister Dr. Fischer

dem man sehr viel sagen müßte, denn es ist ja nicht so, daß der Bund alle jene Zahlen akzeptieren kann, die ein Projektwerber nennt, sondern dazu gibt es ja die Fachleute des Denkmalamtes, daß sie die Wünsche, die geäußert werden, genau analysieren und dann sagen, was wirklich dringend und notwendig ist, und da ist für die nächsten zehn Jahre ein Betrag, der wesentlich unter 40 Millionen Schilling liegt, notwendig.

Zweitens: Dieses berühmte Gespräch mit dem Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll — ich habe es Ihnen schon schriftlich beantwortet, aber weil Sie es noch einmal aufwerfen —: Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll hat mich angerufen und hat am Telefon dieses Problem ausführlich erörtert. Ich habe ihm an Hand der Aktenlage gesagt, was wir tun können und was wir auch tun werden, und das ist zur Kenntnis genommen worden.

Und dann ist die Frage aufgeworfen worden, ob man dieses Problem noch einmal besprechen kann. Ich habe gesagt, in dieser Sache kann ich keine andere Auskunft geben, als ich sie schon gegeben habe. Wenn ein anderes Thema zu besprechen ist, bin ich sofort bereit, mit dem Landeshauptmann-Stellvertreter wieder zusammenzutreffen. Es war aber kein anderes Thema zu besprechen, sondern es ist um die gleiche Sache gegangen.

Ich habe also angenommen, wenn ich mit dem Herrn Landeshauptmann ein Problem besprochen habe, daß es besprochen ist, daß er zu dem steht und ich zu dem stehe, was wir gesagt haben. Nachdem ich aber gesehen habe, daß aus irgendwelchen Gründen, die durchaus vernünftig sein können, zum Beispiel um ein bißchen Publicity zu machen, der Wunsch war, noch einmal ein Gespräch über die gleiche Sache zu führen, haben wir, Herr Abgeordneter, noch einmal ein Gespräch über die gleiche Sache geführt; und das habe ich Ihnen in der parlamentarischen Anfragebeantwortung mitgeteilt.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Bergmann: Ich könnte jetzt sehr pitzig sein und könnte sagen: Sie haben das nicht mitgeteilt. Ich habe Sie gefragt: Warum haben Sie ein Gespräch verweigert?, und Sie haben geantwortet, das habe stattgefunden. Das ist aber ein Unterschied, aber ich will da nicht kleinlich sein.

Selbst wenn ich auf Ihre Argumentation eingehe, Herr Minister, und sage: nicht die 40 Millionen, sondern die 24, von denen Ihr

Ministerium immer redet, von denen sind ein Drittel immer noch 8 Millionen und nicht 4 Millionen.

Aber nun entnehme ich Publikationen, daß Sie durchaus bereit sind, bei anderen Aktionen hilfreich zur Seite zu stehen, und ich möchte Ihnen auch persönlich ein Kompliment für das Zustandebringen der China-Ausstellung in Österreich machen, weil ich glaube, daß Ihnen da mit großem Einsatz etwas gelungen ist.

Sie müßten doch auch Interesse daran haben, für Revitalisierung und Restaurierung Geld aufzubringen. Ich habe an den Herrn Bundeskanzler eine Anfrage gerichtet, mit der Bitte, die Privatspenden, die hier eingehen, zu verdoppeln.

Ich frage Sie daher, Herr Minister, aus der Interessenslage heraus, die wir jetzt offensichtlich gemeinsam haben, nämlich mehr Geld für das Stift Dürnstein aufzubringen: Sind Sie bereit, beim Bundeskanzler, bei der Bundesregierung, beim Finanzminister einzukommen, um eine Aktion „Verdoppelung der privaten Spenden“ zu starten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Sie haben mir die gleiche Frage schon schriftlich gestellt, und Sie werden doch nicht annehmen, daß ich mündlich etwas anderes ausführen kann, als ich das bereits schriftlich getan habe. Ich unterstütze das Projekt Dürnstein, so wie ich viele, viele Projekte im Bereich sakraler Bauten in ganz Österreich, insbesondere auch in Niederösterreich, unterstütze, aber es gibt echte Bedenken, daß man in solchen Fällen das System der Verdoppelung nicht anwenden kann, weil es einfach mißbrauchsanfällig ist. Ich bin gerne bereit, Ihnen in einem Gespräch ausführlich zu erklären, warum mir die Beamten des Denkmalamtes und die für die Förderungen zuständigen Mitarbeiter davon dringend abgeraten haben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hintermayer.

Abgeordneter Hintermayer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wir alle wissen, daß das Stift Dürnstein ein bedeutungsvolles und sicher erhaltungswürdiges Gebäude ist. Als Niederösterreicher würde es mich interessieren, wie viele Subventionsmittel des Bundes nach Niederösterreich gehen, und wie sieht das umgelegt auf die Bevölkerungszahl aus?

Präsident

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe, so ist es so, daß für ganz Österreich etwa 85 Millionen Schilling an Mitteln für den Denkmalschutz vom Parlament beschlossen wurden; davon geht ein Betrag von 26,5 Millionen Schilling nach Niederösterreich, das heißt, daß Niederösterreich, das ungefähr 20 Prozent der Einwohnerschaft Österreichs hat, etwa 30 Prozent der Bundesmittel für Denkmalschutz zugewiesen bekommt. Niederösterreich liegt also über dem Bundesdurchschnitt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Preiß.

Abgeordneter Dr. Preiß (SPÖ): Herr Bundesminister! Als Abgeordneter dieses Bezirks bin ich sehr froh, daß man sich für das Stift Dürnstein und dessen Restaurierung einsetzt. Ich bin auch dankbar dafür, daß der Bund sein Scherflein dazu beiträgt.

Ich glaube, der Herr Kollege Bergmann als alter Medienfuchs macht es sich da etwas einfach, indem er etwas verlangt, wohl wissend, daß ja nicht das Stift Dürnstein allein zu erhalten ist. Entgegen seinen sonstigen Äußerungen ruft er überall dort, wo es ihm in den Kram paßt, nach mehr Staat, während er sonst offiziell eher für weniger Staat eintritt — aber das nur als eine kleine Nebenbemerkung.

Herr Bundesminister! Als Niederösterreicher weiß ich, daß sehr viele Bundesmittel auch in die Restaurierung von Stiften und Klöstern in Niederösterreich fließen. Können Sie uns, Herr Minister, die wichtigsten Projekte, die der Bund hier unterstützt, nennen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Es sind das eigentlich fast alle großen und wichtigen Sakralbauten Niederösterreichs: Es ist Melk, es ist Klosterneuburg, es ist Dürnstein, das ich auch sehr unterstütze, wie ich noch einmal unterstreichen möchte; ebenso Seitenstetten, Lilienfeld, Göttweig. Es gibt eine ganze Reihe von Sakralbauten, die wir aus Mitteln des Denkmalschutzes unterstützen und wo wir durchaus nicht überall automatisch ein Drittel geben können, dennoch liegt Niederösterreich, was die Zuweisungen betrifft, wie ja gerade ausgeführt wurde, über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hietl.

Abgeordneter Hietl (ÖVP): Herr Bundesminister! Als Mandatar dieses Bezirks bin ich ebenso wie mein Kollege Bergmann — entgegen der Meinung meines Vorredners — selbstverständlich für die Rettung des Stiftes Dürnstein. Wenn seitens des Bundes 26,5 Millionen Schilling für Niederösterreich bereitgestellt werden, so kann ich mir vorstellen, daß für ein solches Projekt, das zweifellos für das gesamte Gebiet wichtig ist — ich glaube, Dürnstein ist nun einmal die Perle der Wachau, der Fremdenverkehr spielt dort ja eine entscheidende Rolle —, wenn also schon die Bevölkerung dort großzügig für das Stift spendet, der Bund auch über die bereits von Ihnen schriftlich zugesagten 4 Millionen Schilling Mittel zuschießt.

Sie, Herr Minister, ziehen derartige Größenordnungen in Zweifel, doch ich bin überzeugt davon, daß sich der Projektleiter sehr wohl Gedanken gemacht hat, als er diese Zahl von 40 Millionen Schilling genannt hat. Er wird doch wohl wissen, wie hoch die Kosten tatsächlich sein werden; ich zweifle nicht daran.

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister: Sind Sie bereit, die Spenden der Bevölkerung für dieses Projekt zu verdoppeln, um damit den Beweis zu erbringen, daß die Bundesregierung an der Erhaltung des Stiftes Dürnstein Interesse hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Ich bin überzeugt, daß der Beitrag der Bundesregierung wesentlich mehr ist als eine bloße Verdoppelung der Spenden, um das einmal klarzustellen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich stelle zweitens mit Freude fest, daß alle Fraktionen dieses Hauses — Sie von der ÖVP, die FPÖ und die SPÖ, ebenso die Landesregierung und die Bundesregierung — für Stift Dürnstein eintreten, bereit sind, es finanziell zu unterstützen, daher wird uns das auch sicher gelingen.

Ich sage Ihnen noch etwas dazu, weil Sie wieder von den 40 Millionen reden: Wenn diese 24 Millionen Schilling, von denen wir jetzt einmal ausgehen, verbaut sind, wenn diese Projekte abgeschlossen sind und man dann zu einem zweiten Schritt kommt — das wird in den neunziger Jahren liegen —, dann — das sage ich Ihnen heute schon —, werde ich bereit sein, über eine weitere

Bundesminister Dr. Fischer

Unterstützung mit dem Land Niederösterreich zu sprechen. (*Abg. Dr. Gradenegger: Das heißt, wir bleiben an der Regierung! — Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gradenegger: Sie in der Opposition! — Abg. Dr. Schwiemer: Jetzt weiß ich, daß das sicher nicht der Fall ist!*)

Ich bitte um ein bißchen friedliche Stimmung, wie es dem Stift Dürnstein angemessen wäre.

Präsident: Anfrage 3: Abgeordneter Posch (SPÖ) an den Herrn Minister.

535/M

Was sind die wichtigsten Denkmalschutzprojekte, die derzeit vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung unterstützt werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Sie fragen mich nach den wichtigsten Denkmalschutzprojekten. Wir geben 85 Millionen Schilling für Denkmalschutz aus. Wir können damit in ganz Österreich jährlich mehrere hundert Projekte fördern. Die allerwichtigsten — wenn ich solche mit über einer Million Schilling erwähne —: Stifte wie Melk, Klosterneuburg, Dürnstein, in Kärnten St. Paul im Lavanttal, Geras habe ich schon erwähnt. Dann gibt es noch andere wichtige Projekte: das Palais Ferstl unweit von hier in Wien, die ehemalige Kartause Gaming, die Franziskanerkirche in Salzburg, die Burg Goldegg in Salzburg, die ehemalige Synagoge in St. Pölten, Schloß Kobersdorf im Burgenland, die ehemaligen Hackwerke in Steyr, auch die Stephanskirche in Wien selbst, die Minoritenkirche vis-à-vis von uns; also eine wirkliche Vielzahl. Das alles sind Projekte, die wir aus Denkmalschutzmitteln unterstützen können.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Posch: Sehr geehrter Herr Minister! Welche großen Denkmalschutzprojekte im Bundesland Kärnten können Sie uns nennen, die durch Ihr Ressort gefördert werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Soweit ich weiß, ist das St. Paul im Lavanttal, dann ist Hüttenberg ein Projekt, der Friesacher Stadtgraben ist ein Projekt, und dazu kommen einige kleinere, die wir noch zusätzlich unterstützen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Posch: Herr Minister! Was tut Ihr Ministerium, welche Maßnahmen ergreift es für die Erhaltung von Denkmälern der Industrie-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte? Ich meine hier: Wie fördern Sie die Industriegeschichte oder man könnte auch sagen die Industriearchäologie?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Das ist eine relativ junge Disziplin, die gerade in jüngster Zeit eine stürmische Entwicklung genommen hat. Wir haben an der Technischen Universität Wien eine eigene Abteilung für Industriearchäologie errichtet. Auch das Bundesdenkmalamt hat eine eigene Spezialabteilung für diese Art von Denkmälern, und Sie wissen ja — jetzt haben wir gerade über Stift Dürnstein und Stift Melk und so weiter gesprochen —, daß es eben auch diesen Bereich gibt — Steyr-Werke in Steyr, Museum der Arbeitswelt, Arbeiterheim Favoriten, steirische Eisenstraße, Bauten aus der Zeit der Industrialisierung —, der in wachsendem Maße heute ebenfalls als denkmalschutzwürdig betrachtet wird. Es ist erst vor kurzem ein Buch über Industriedenkmäler in Österreich erschienen, das nicht weniger eindrucksvoll ist als ein Buch über andere kulturgeschichtliche Denkmäler.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Höchtl.

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Bundesminister! Seit Ihrer Amtsübernahme ist ein langjährig gepflegter traditioneller Schlüssel der Kostenaufteilung, daß nämlich diese Drittelaufteilung funktioniert, nicht mehr vorhanden. Sie gehen in Ihren Beiträgen immer stärker zurück, was wiederholt zu Klagen der Betroffenen geführt hat.

Es liegt bei Ihnen eine ziemlich lautstark vorgetragene Klage des Ordinariatskanzlers von St. Pölten, verschiedene Projekte betreffend, es sind von niederösterreichischer Seite etliche diesbezügliche Aussagen vorhanden. Vor kurzem hat auch der Generalabt von Klosterneuburg, Abtprimas Koberger, folgendes erwähnt — weil Sie Klosterneuburg angeschnitten haben —: Klosterneuburg hat insgesamt für die Restaurierung 91 Millionen Schilling aufzubringen. Die Kostenbeteiligung des Bundes beträgt derzeit 9 Millionen. Er hat bei der Eröffnung der Landesausstellung öffentlich erwähnt, daß nicht einmal die Mehrwertsteuer damit abgedeckt wird.

Dr. Höchtl

Frage, Herr Minister: Werden Sie zusätzlich für dieses enorme Projekt der Restaurierung des Stiftes Klosterneuburg Mittel aufbringen, die annähernd an die Drittelkostenbeteiligung heranreichen würden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Meine Pflicht ist es, die zur Verfügung stehenden Mittel optimal zu verteilen, und eine optimale Verteilung besteht niemals in einer schematischen, automatisch ein Drittel zu geben und alle anderen Projekte damit beiseite zu lassen, sondern die optimale Vorgangsweise, zu der ich mich bekenne, ist, die Fachleute des Bundesdenkmalamtes prüfen zu lassen, wie in zweckmäßigster Weise eine maximale Zahl von Projekten in optimaler Weise unterstützt werden kann. Zu dieser Vorgangsweise bekenne ich mich, und ich habe wesentlich mehr Zustimmung als Tadel für diese Vorgangsweise bekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Gugerbauer.

Abgeordneter Dr. Gugerbauer (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben selbst bereits das Museum für Arbeitswelt in Steyr in Oberösterreich angesprochen. Im Zuge der Diskussion der vergangenen Wochen ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es gerade in Steyr eine sehr alte Industrietradition gibt.

Haben Sie jetzt konkrete Vorhaben, um im Zuge der Revitalisierung des Steyr-Wehrgrabens dieses Museum für Arbeitswelt besonders zu unterstützen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Herr Abgeordneter! Es bietet sich die einmalige Chance, im Anschluß an die in Steyr geplante oberösterreichische Landesausstellung diese Objekte für eine ständige museale Einrichtung zu gewinnen. Ich habe vor wenigen Wochen ein Gespräch mit dem Bürgermeister von Steyr und anderen Verantwortlichen aus dieser Region geführt, und wir haben volle Übereinstimmung erzielt, die es zur Gewißheit macht, daß ein Museum über die Geschichte der Arbeitswelt in Steyr mit Unterstützung des Bundes entstehen wird, wobei auch eventuell schrittweise eine Sanierung des sogenannten Steyr-Wehrgrabens möglich sein wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Hawlicek.

Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek (SPÖ): Herr Bundesminister! Gerade die Beantwortung der letzten zwei Zusatzfragen hat mich sehr gefreut. Sie zeigt, daß die Denkmalschutzmittel wirklich weit gestreut sind und damit eine Menge erreicht werden kann. Vor allem profitieren ja auch die Gemeinden davon, und meine Frage ist: Wie viele Gemeinden wurden im abgelaufenen Jahr mit Denkmalschutzmitteln gefördert?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Fischer: Frau Abgeordnete! Diese Förderung ist natürlich sehr unterschiedlich hoch und reicht von Millionenbeträgen bis zu kleineren Unterstützungen. Aber gerade diese breite Streuung unter Setzung von Schwerpunkten hat es uns ermöglicht, im abgelaufenen Jahr über 300 — ich schätze, es waren etwa 320 — österreichische Gemeinden mit Mitteln aus dem Denkmalschutz und im Zuge der Fassadenaktionen zu unterstützen. Ich glaube, daß das in den österreichischen Gemeinden auch große Anerkennung findet.

Bundeskanzleramt

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Zittmayr (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

549/M

Wann wird die in der Regierungserklärung versprochene Steuerreform verwirklicht?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Zittmayr! Die in der Regierungserklärung versprochene Steuerreform wird dauernd verwirklicht. Ich bin ja der Meinung, daß eine Steuerreform eine permanente Aufgabe ist. Sie wissen ja, daß wir bereits ein Abgabengesetz 1984 verabschiedet haben, das eine Reihe von Erleichterungen und Vereinfachungen gebracht hat und das auch von unabhängigen Experten sehr gut aufgenommen wurde, und wir arbeiten an einem neuen Gesetz, das wieder Erleichterungen bringen wird.

Präsident: Erste Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Herr Bundeskanzler! Die Steuerreform war eines der Hauptversprechen in Ihrer Regierungserklärung. Sie haben damals ausgeführt: „Die Bundesregierung beabsichtigt daher, sehr

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

rasch Vorschläge für eine Steuerreform vorzulegen. Diese Reform wird der Zielsetzung eines sozial gerechten, einfachen und leistungsfördernden Steuersystems verpflichtet sein.“ Sie können doch nicht sagen, daß jene Maßnahmen, die in der Zwischenzeit getroffen wurden, auch nur annähernd dieser Ihrer Regierungserklärung entsprechen.

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen wiederum stellte in seiner Budgetvorschau 1984 bis 1988 fest, daß das Ausbleiben einer Lohn- und Einkommensteuersenkung dazu führen wird, daß die Belastung der Masseineinkommen durch die Lohnsteuer bis 1988 um fast 30 Prozent zunehmen wird. In ähnlicher Weise hat sich auch das Institut für Wirtschaftsforschung geäußert, daß nämlich reale Einkommensverluste für die Bevölkerung eintreten werden, wenn auf dem steuerlichen Sektor nichts geschieht.

Meine Frage an Sie, Herr Bundeskanzler, lautet: Warum haben Sie Ihr Versprechen in der Regierungserklärung bisher nicht eingelöst?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Zittmayr! Ich muß noch einmal sagen, daß sehr wohl die in der Regierungserklärung genannte Steuerreform verwirklicht wird. Ich habe das vorhin ausgeführt.

Sie haben natürlich die Regierungserklärung nicht vollständig zitiert. Darf ich das doch jetzt von dieser Stelle aus tun. Ich habe in der Regierungserklärung gesagt: „Schließlich bin ich der Meinung, daß unser Steuersystem in vielen Bereichen unüberschaubar und selbst für Fachleute außerordentlich schwierig zu handhaben ist. Die Bundesregierung beabsichtigt daher, sehr rasch Vorschläge für eine Steuerreform vorzulegen.“ Das ist geschehen. Wir werden auch einen neuen Schritt in diese Richtung unternehmen.

Ich glaube, wir müssen bei der Diskussion zwischen der Steuerreform im allgemeinen und der Tarifsenkung im besonderen unterscheiden. Und dazu hat die Bundesregierung in der letzten Zeit ihre Meinung kundgetan, daß wir nämlich zurzeit die Budgetkonsolidierung als besonders wichtig erachten.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Herr Bundeskanzler! Als die versprochene Steuerreform von Ihnen im Vorjahr plötzlich abge-

sagt wurde, hat die Österreichische Volkspartei ein umfassendes Steuerreformkonzept vorgelegt, das eine Entlastung in drei Stufen vorsieht.

Ihre Regierung war bisher nicht bereit, diesen ÖVP-Initiativantrag auch nur annähernd zu behandeln oder zum Gesetz werden zu lassen. Offenbar unter dem Eindruck der öffentlichen Meinung und auf Grund einer Initiative der Fraktion Christlicher Gewerkschafter hat sich nunmehr auch der Herr Präsident Benya für eine baldige Senkung der Lohn- und Einkommensteuer ausgesprochen.

Wie wir Ihren Erklärungen entnehmen können, sind Sie 1985 und 1986 nicht bereit, diese Steuerreform durchzuführen, allenfalls 1987, was irgendwie als Wahlzuckerl verstanden werden könnte.

Ich frage Sie daher, Herr Bundeskanzler: Sind Sie bereit, Ihr Versprechen in der Regierungserklärung, sehr rasch Vorschläge für eine Steuerreform vorzulegen, noch in diesem Jahr zu erfüllen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Ich möchte nicht insistieren, aber noch einmal wiederholen: Die Regierungserklärung wird auch im Hinblick auf die dort enthaltene Steuerreform verwirklicht, und zwar in verschiedenen Schritten.

Ich darf sagen, daß der Vorschlag der ÖVP, und zwar der Drei-Stufenplan, den Sie erwähnt haben, nicht ad acta gelegt, sondern im Finanzministerium gründlich geprüft wurde. Das Finanzministerium ist zur Ansicht gekommen, daß in der Form eine Abgabensenkung nicht opportun und daß vor allem auch die soziale Ausgewogenheit nicht in der wünschenswerten Form gegeben ist.

Ich verstehe, daß sich auch der ÖGB mit der Frage der Steuersenkung befaßt, ich habe dafür großes Verständnis. Wir werden so wie den Vorschlag der ÖVP auch den Vorschlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, wenn er kommt, überprüfen. Das ist keine Frage.

Ich muß noch einmal sagen: Ich bleibe dabei, daß für 1985 und 1986 aus guten Gründen, vor allem wegen der Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung, eine Tarifsenkung nicht möglich ist.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Grabher-Meyer.

Grabher-Meyer

Abgeordneter **Grabher-Meyer** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sie haben in Ihrer Beantwortung den Abgeordneten Zittmayr richtigerweise darauf hingewiesen, daß unter anderem in Ihrer Regierungserklärung ja auch wesentlich wichtigere Ziele, wie die Sanierung und Konsolidierung des Staatshaushaltes, die Sicherung der Arbeitsplätze, aber auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, enthalten sind.

Die ÖVP geht mit einem Steuerreformkonzept schwanger, das im wesentlichen ebenfalls erst bis zur Jahrtausendwende durchführbar wäre.

Meine Frage in diesem Zusammenhang, Herr Bundeskanzler: Welche steuerlichen Maßnahmen haben Sie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft gesetzt, die ja auch Teil eines Steuerreformkonzeptes sind?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Die Aufrechterhaltung und womöglich Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist ein Hauptanliegen der Bundesregierung. Wir haben das auch in der Regierungserklärung sehr klar und sehr deutlich gesagt, weil wir damit natürlich auch unser Bemühen um einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad verbinden. Das ist überhaupt keine Frage.

Ganz konkret haben wir ja in einem Maßnahmenpaket, das ja leider Gottes immer wieder als Belastungspaket diffamiert wurde (*Abg. Dr. Blenk: Ist es ja auch!*), eine Reihe von Schritten gesetzt im Hinblick auf Eigenkapitalbildung. Ich darf an die Abschaffung der Gewerbesteuer in drei Etappen erinnern und auch an die Freibeträge bei der Lohnsummensteuer, die wir erweitert haben. Wir haben dann die 40prozentige Investitionsprämie für strukturschwache Gebiete eingeführt. Zu diesem Zeitpunkt war das zweifellos sehr wichtig. Wir haben vor, auch beim nächsten Abgabengesetz neue Möglichkeiten für eine bessere Eigenkapitalbildung zu schaffen.

Nur so am Rande gesagt: Die direkte Wirtschaftsförderung, die wir vom Budget her betreiben, beträgt etwa 10 Milliarden Schilling. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Teschl.

Abgeordneter **Teschl** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Wir müssen ja bei dem Begriff „Steuerreform“ unterscheiden zwischen Reform des Steuersystems einerseits und einer Steuersenkung andererseits.

Aus Ihren Ausführungen entnehme ich, daß Sie im Budget 1986 eine Steuersenkung nicht ins Auge fassen wollen, hingegen eine permanente Fortführung einer Reform des Steuersystems vertreten.

Ich frage Sie daher: Sehen Sie, da Sie ja die Steuersenkung für 1986 aussetzen, allgemeine Verbesserungen von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und auch spezielle Maßnahmen vor, die eine Strukturverbesserung bestimmter Wirtschaftszweige hervorrufen könnten, womit der Arbeitsplatzsicherung in ganz bestimmten Regionen Vorrang gegeben würde?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Sinowatz:** Natürlich, Sie haben völlig recht, und Sie haben das auch sehr klar formuliert, Herr Abgeordneter, daß bei der Frage Steuerreform unterschieden werden muß: Es gibt Maßnahmen zur Vereinfachung auf der einen Seite, auf der anderen Seite Maßnahmen, die zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur beitragen können, und eine Tarifsenkung. Das, was Sie angesprochen haben, daß auch Maßnahmen zur allgemeinen Verbesserung der Wirtschaftsstruktur gesetzt werden, genau das wird im nächsten Abgabenänderungsgesetz unter anderem enthalten sein.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Steidl.

Abgeordneter Dr. **Steidl** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Was Sie als „permanente Steuerreform“ bezeichnen, hat es ja auch vor 1983 gegeben. Jedes Jahr wurden Abgabenänderungsgesetze beschlossen, die aber zu einem System geführt haben, das Sie in Ihrer Regierungserklärung als unüberschaubar, als sozial ungerecht und als leistungsfeindlich bezeichnet haben. Seither ist überhaupt nichts geschehen, um diese Qualifikation zu ändern.

Sie haben nun eine neue Begründung, das heißt, gar so neu ist sie nicht, aber sie ist sicherlich wieder ebenso unzutreffend, daß Sie sagen: Die Konsolidierung des Budgets hätte Vorrang.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler: Sind Sie

Dr. Steidl

der Meinung, daß der Anstieg des Budgetdefizits auf über 100 Milliarden Schilling im Jahr 1986 eine Konsolidierung ist, die es wert ist, daß ihr die Steuerreform geopfert wird?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Ich meine, daß unser Steuersystem in manchen Bereichen unübersichtlich ist, das ist ja zum Teil auf Zeiten, die noch viel früher liegen als unmittelbar vor 1983, zurückzuführen, das ist keine Frage. *(Abg. Dr. Blenk: 15 Jahre lang haben Sie Zeit gehabt! Jetzt tun Sie doch nicht so!)*

Daher bleiben wir dabei, daß wir schrittweise eine Reform durchführen, weil eine andere Form der Reform zweifellos nicht dazu angetan ist, das Problem wirklich bewältigen zu können. Wir bleiben dabei, daß wir hier eine schrittweise Reform anpeilen.

Zum zweiten noch einmal: Ich kann heute noch nicht sagen, wie hoch das Budgetdefizit sein wird, niemand kann es sagen, weil wir jetzt eben an der Vorbereitung des Budgets 1986 arbeiten. Ich möchte aber nicht verschweigen, daß das eine sehr schwierige Arbeit ist und daß wir hier sehr viel tun müssen auf der Ausgabenseite, daß wir das bewältigen. Das ist ja kein Geheimnis. Deswegen ist auch die Frage der Budgetkonsolidierung vorrangig zu sehen.

Wir brauchen auch in Zukunft ein Budget, das ein handhabbares Instrument für die Politik, für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist, und das ist jetzt vorrangig. Daher glaube ich, daß wir dabei bleiben müssen. Ich stehe nicht an, bei aller Schwierigkeit, die damit auch für mich in der Öffentlichkeit verbunden ist, weil ich ja verstehe, daß eine Tarifsenkung gewünscht wird, zu sagen, daß das aber das Allerwichtigste ist. *(Abg. Dr. Blenk: Frage überhaupt nicht beantwortet!)*

Präsident: Wir kommen zur Frage 5: Herr Abgeordneter Kohlmaier (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

553/M

Entspricht der ständig steigende Lohnsteuerdruck den Absichten der Regierungserklärung?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Kohlmaier! Sie haben die Absichten der Regierungserklärung angezogen. Ich kann nur bekräftigen, daß die Regierungser-

klärung vorsieht, daß wir eine Politik verfolgen wollen, die die Interessen der gesamten österreichischen Bevölkerung, vor allem aber auch die Interessen der sozial Schwächeren berücksichtigt. Internationale Vergleiche zeigen ja, daß wir dabei sehr gut liegen. Diese Zielsetzung in der Regierungserklärung bezieht sich natürlich auch auf die Steuerpolitik.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier: Herr Bundeskanzler! Im Zwiegespräch zwischen Ihnen und Kollegen Teschl ist der Begriff „Steuersenkung“ verwendet worden. Das ist — das möchte ich einmal wirklich sehr prinzipiell klarstellen — falsch. Uns geht es in erster Linie darum, daß die ständige Steigerung der Steuern gestoppt wird.

Aus einer Anfragebeantwortung des Herrn Finanzministers, die ich vor wenigen Tagen erhalten habe, ergibt sich — das sollte man vor allem Kollegen Teschl zum Studium empfehlen —, daß bei einem Durchschnittsarbeitnehmer in Österreich seit 1983 die Lohnsteuer real, also nach Inflationsbereinigung, um 1 665 S gestiegen ist, also real höher geworden ist.

Herr Bundeskanzler! Ist diese sogenannte kalte Progressionsverschärfung, die zu einer ständigen Steuermehrbelastung führt, etwas, was Sie bei Ihrer Politik bewußt einkalkulieren?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Kohlmaier! Ich möchte ja gar nicht bestreiten, daß die Besteuerung der Löhne und Gehälter seit der letzten Lohnsteuersenkung in den Jahren 1982 und 1983 wieder zugenommen hat. Das ist ja immer nach einer Lohnsteuersenkung der Fall.

Das, was ich mit Nachdruck sage, ist, daß es sich hier nicht, wie das immer dargestellt wird, um einen würgenden Steuerdruck handelt. Schließlich ist ja für den Österreicher entscheidend, was ihm von seinem Gehalt bleibt. Daher sind den Steuern ja auch die Leistungen gegenüberzustellen, die der Staat erbringt. In der letzten Zeit wurde gerade in einer Untersuchung der OECD dazu festgehalten, daß diese Nettobilanz des Österreichers ganz hervorragend aussieht. So viel wie dem Österreicher, nämlich deutlich über 90 Prozent seines Bruttogehaltes, bleibt, bleibt kaum einem Familienvater eines anderen europäischen Industrielandes. *(Abg. Dr. Ettmayer: Ein Scherz ist das!)*

8496

Nationalrat XVI. GP — 94. Sitzung — 13. Juni 1985

Präsident**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier:** Herr Bundeskanzler! Es ist heute schon von Ihnen erwähnt worden — was Sie ständig sagen und in der Öffentlichkeit vertreten —, hohe Steuern werden benötigt, um Arbeitsplätze zu sichern. Das ist eine sehr einprägsame Formel, allerdings sind in letzter Zeit in der Öffentlichkeit sehr gewichtige Stimmen laut geworden, die darauf hinweisen, daß die derzeitigen Probleme des Bundeshaushaltes nicht wegen der Arbeitsplatzsicherung entstanden sind, sondern wegen der Schulden, die in der Periode, in der Sie Vizekanzler, Herr Dr. Kreisky Bundeskanzler und Herr Dr. Androsch Finanzminister waren, vor allem wegen des Aufschubes der Rückzahlungstermine, gemacht wurden.

Herr Bundeskanzler! Stimmen Sie diesen Auffassungen — in der Öffentlichkeit werden sie sehr ernsthaft vertreten — zu, daß Ihre eigentlichen Budgetprobleme nicht wegen der Arbeitsplatzsicherung, sondern wegen einer eher leichtfertigen Schuldenpolitik in den vergangenen Jahren entstanden sind?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Sie brauchen mich gar nicht zu erinnern, daß ich in der Regierung Kreisky Vizekanzler und lange Zeit Unterrichtsminister gewesen bin und daher sehr stark im Kabinett verankert war.

Jetzt sage ich Ihnen auch, daß gerade der Umstand, daß dieses Kabinett Kreisky in der Zeit der Weltwirtschaftskrise diese Budgetpolitik gewagt hat, dafür ausschlaggebend gewesen ist, daß wir keine höhere Arbeitslosigkeit hatten und daß wir heute eine Arbeitslosenrate haben, die die Hälfte der anderer Industriestaaten Europas beträgt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Partik-Pablé.

Abgeordnete Dr. **Helene Partik-Pablé** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sie haben schon angedeutet, daß sich das reale Nettoeinkommen der Arbeitnehmer trotz des behaupteten steigenden Lohnsteuerdruckes vergrößert hat. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Sie leben auf dem Mond!)*

Können Sie über die Einkommensentwicklung eines Arbeitnehmers für das Jahr 1985 etwas aussagen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Sinowatz:** Nach den Prognosen, die uns vorliegen, ist anzunehmen, daß im Jahr 1985 das reale Einkommen eines Arbeitnehmers um etwa 1 Prozent steigen wird.

Insgesamt wird der private Konsum heuer um 2,5 Prozent steigen, das heißt, daß sich die Menschen in Österreich heuer ein bisserl mehr leisten werden können wie im Vorjahr.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kuba.

Abgeordneter **Kuba** (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Aus einer sozialwissenschaftlichen Studie der letzten Tage ist ersichtlich, daß sich in einer Umfrage auch etwas mehr als 40 Prozent der ÖVP-Anhänger gegen eine Steuersenkung zum gegenwärtigen Zeitpunkt aussprechen.

Ich möchte Sie daher fragen: Trifft es wirklich zu, wie es immer seitens der Propaganda der ÖVP und der Opposition behauptet wird, daß Österreich im internationalen Vergleich im Spitzenfeld hinsichtlich der Lohnsteuer beziehungsweise der Gesamtabgabenbelastung liegt?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Ich bin davon überzeugt, daß sich viele Menschen in Österreich wirklich Gedanken machen werden — und ich begrüße das —, ob in dieser Situation eine Politik der Budgetkonsolidierung Vorrang haben soll — weil das auf weite Sicht gesehen für sie von großer Bedeutung ist — oder eine an sich wünschenswerte Tarifsenkung, die ich ja gar nicht als etwas bezeichnen möchte, das wir alle miteinander nicht haben wollen.

Natürlich stimmt es, daß Österreich mit seiner Lohnsteuerbelastung etwa im letzten Drittel im Feld aller Industrieländer liegt. *(Abg. Dr. Etmayer: Stimmt ja gar nicht!)*

Präsident: Nächste Frage: Abgeordneter Koppensteiner.

Abgeordneter **Koppensteiner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sie haben eine Zunahme der Arbeitnehmerinkommen um 1 Prozent prognostiziert. Die Statistik mag gut klingen, die Realität ist jedoch anders. Die Masse der alleinverdienenden Arbeitnehmer verdient zwischen 8 000 und 10 000 S. Eine

Koppensteiner

vierköpfige Familie lebt also deutlich unter der Armutsgrenze, das ist die Realität. Wir können hier mit Prozenten jonglieren, soviel wir wollen, eine Reform am System, eine generelle Lohnsteueranpassung wird nicht gemacht.

Eine bescheidene Frage, Herr Bundeskanzler: Sind Sie wenigstens bereit, für eine deutliche Erhöhung des Alleinverdienerabsetzbetrages einzutreten?

Ein zweites: Sind Sie dafür, daß das Kfz-Pauschale — das Kfz ist ein teures Verkehrsmittel und muß von den Arbeitnehmern benutzt werden — wenigstens an die gestiegenen Kosten angepaßt wird? Das ist ein Minimum von dem, was übrig bleiben könnte, müßte aber unaufschiebbar gemacht werden, um die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten zu erhalten. Sind Sie dazu bereit, Herr Bundeskanzler?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Schauen Sie, man muß doch die Einkommensentwicklung in einem längeren Zeitraum sehen, und man muß auch beachten, daß es natürlich Phasen gibt, in denen die Einkommensentwicklung nicht so voranschreitet, weil die allgemeine wirtschaftliche Situation das nicht zuläßt. Das ist eine Tatsache, um die wir nicht herumkommen. Aber da Sie gerade sagen, das Kraftfahrzeug ist heute ein wichtiger Bestandteil im Leben der Menschen: Von 1970 bis 1984 war es so, daß die Zahl der Pkw in Österreich von 1 100 000 auf 2 500 000 gestiegen ist. Das bedeutet doch, daß sich die Menschen mehr leisten konnten und daß heute viel mehr Menschen Pkw haben. Das ist ja ein Zeichen für diese Entwicklung. Daher glaube ich, daß nicht allein die Maßnahmen, die Sie genannt haben, ausschlaggebend sind, sondern daß wir das in die gesamte Politik einbetten müssen. Und daher kann ich zu diesen Vorschlägen heute nicht ja sagen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Abgeordneter Schwimmer (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

552/M

Warum sinkt entgegen der Regierungserklärung der Lebensstandard der Pensionisten weiter?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Schwimmer! Ich glaube nicht, daß die Pensionisten einen realen Einkommens-

verlust erlitten haben (*Abg. Dr. Kohlmaier:* Aber Herr Bundeskanzler!) — ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, Sie müssen mich ausreden lassen —, und zwar kann man das in Anbetracht der Wirkungsweise unseres Anpassungssystems nicht so sagen, genau wie ich vorhin ausgeführt habe. Sie wissen doch als Fachmann ganz genau, daß ein jährlicher Vergleich zwischen der Erhöhung der Pensionen und dem Verbraucherpreisindex nicht zulässig ist. Die Anpassung der Pension ergibt sich nämlich aus der Erhöhung der Löhne und Gehälter der der Anpassung vorausgegangenen Jahre. Für einen Vergleich muß daher ein längerer Zeitraum herangezogen werden.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Schwimmer: Herr Bundeskanzler! Sie haben erstens wie bei den vorherigen Fragen keine Antwort gegeben, denn die Frage war: Warum sinkt entgegen der Regierungserklärung der Lebensstandard der Pensionisten weiter? Herr Bundeskanzler! Darauf haben Sie keine Antwort gegeben.

Mit der Antwort bin sicherlich nicht nur ich unzufrieden, sondern auch 1,5 Millionen Pensionisten in Österreich, deren Lebensstandard gesunken ist. Und wenn Sie meinen, man müßte den mehrjährigen Zeitraum heranziehen, dann kann ich Ihnen ganz genau sagen, daß seit 1980 die Einkommen der Pensionisten real um 6,3 Prozent zurückgegangen sind. (*Abg. Dr. Veselsky:* Frage!) Das ist allein für 1985 ein Verlust für die Pensionisten von 7 Milliarden Schilling insgesamt. (*Abg. Velez:* Frage!)

Herr Bundeskanzler! Angesichts dieser von Ihnen selbst angesprochenen längerfristigen Entwicklung, wo die Pensionisten einen Einkommensverlust haben, der der Regierungsfraktion offensichtlich sehr unangenehm ist — wie man aus den Zwischenrufen entnehmen kann —: Ist die Bundesregierung bereit, Herr Bundeskanzler, angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung wenigstens bei der Pensionsanpassung 1986 auf die mit der 40. Novelle eingeführte Verschlechterung, nämlich den Abschlag für die Arbeitslosenrate, zu verzichten?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Ich bitte, Sie können jetzt bei dieser Frage nicht behaupten, daß ich nicht geantwortet habe. Sie sagen: „Warum sinkt entgegen der Regierungserklärung der Lebensstandard der Pensionisten weiter?“ — Ich

8498

Nationalrat XVI. GP — 94. Sitzung — 13. Juni 1985

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

habe darauf hingewiesen, daß man hier nicht einen kurzen Zeitraum nehmen kann, sondern einen weiteren Zeitraum ins Auge fassen muß. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Fünf Jahre!*)

Darauf habe ich geantwortet. Daß ich nicht das sage, was Sie haben wollen, liegt in der Natur der Sache, weil wir gegensätzliche Positionen innehaben.

Aber noch eines dazu: Insgesamt gesehen muß man sagen, daß bei den Pensionisten — und das wissen wir doch alle — in einem längeren Zeitraum, etwa in den letzten 15 Jahren, eine wirkliche, reale Steigerung des Einkommens eingetreten ist, eine Kaufkraftsteigerung von etwa 25 Prozent, bei den Ausgleichszulagenbeziehern von 44 Prozent. Insgesamt ist das doch eine wirklich beachtliche Entwicklung.

Aber ich möchte gar nicht verschweigen, daß wir in den letzten fünf Jahren eine sehr schwierige Phase gehabt haben; das ist ganz klar. Ich habe auch in der Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß wir mit der allgemeinen Entwicklung bei all den Maßnahmen, die wir zu setzen haben, übereinstimmen müssen, und wir haben ja auch den Anpassungsfaktor in den letzten Jahren im Hinblick auf die Unterlagen, die uns zur Verfügung gestellt sind, gemeinsam beschlossen. Daher muß ich auch Ihnen sagen, daß zurzeit der Wunsch, den Sie geäußert haben, nicht erfüllt werden kann.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Schwimmer: Herr Bundeskanzler! Ich entnehme dieser Antwort, daß die Pensionisten, die eine Pension aus der Sozialversicherung beziehen, auch für 1986 mit einem Realverlust rechnen müssen, weil nicht die volle Pensionserhöhung erfolgen wird. Aber in diesem Zusammenhang eine Frage für die Pensionisten des öffentlichen Dienstes: Der Herr Finanzminister hat für den öffentlichen Dienst eine Gehaltserhöhung von 2,5 Prozent angekündigt. Im öffentlichen Dienst ist das dann auch die Erhöhung für die Pensionisten. Das wird Ihnen ja bekannt sein, Herr Bundeskanzler, daß damit auch die Pensionisten im öffentlichen Dienst nur 2,5 Prozent Pensionserhöhung erhalten würden. Halten Sie eine solche Pensionserhöhung angesichts der Teuerungsentwicklung für ausreichend?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Der Finanzminister hat die in Aus-

sicht stehenden Verhandlungen mit den Beamten sozusagen einmal mit der Marke von 2,5 Prozent begonnen. Es wird ja darüber verhandelt werden, und niemand kann heute sagen, wie das endgültige Ergebnis dieser Verhandlungen sein wird. Aber lassen Sie mich auch prinzipiell etwas sagen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Eine glatte Desavouierung des Finanzministers!*)

Gerade wir, die wir so viel für die Pensionisten getan haben ... (*Abg. Dr. Kohlmaier: Er läßt schon nach!*) Gerade wir, die wir in den letzten Jahren, in diesen 15 Jahren den Lebensstandard der Pensionisten insgesamt erhöhen konnten, dürfen sagen, daß wir natürlich dann, wenn es im Interesse des gesamten Staates und der Wirtschaft liegt, nicht mehr tun können, als wir eben zur Verfügung haben. Jeder, der mehr verspricht als er hat, ist ein Schelm, und das möchte ich nicht sein. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Partik-Pablé. (*Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben die Frage nicht beantwortet! — Weitere heftige Zwischenrufe von seiten der ÖVP. — Gegenrufe bei SPÖ und FPÖ.*) Am Wort ist Frau Abgeordnete Partik-Pablé! (*Der Präsident wendet sich an den Abg. Dr. Schwimmer.*) Sie haben Ihr Wort schon gehabt! (*Abg. Dr. Ettmayer: Das ist ja Propaganda! — Abg. Bergmann: Die Frage wurde nicht beantwortet! — Anhaltende heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Meine Herren! Das Wort hat die Frau Abgeordnete Partik-Pablé. Ich bitte um Ruhe!

Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ): Es ist immer dasselbe Ritual in der Fragestunde: Die ÖVP stellt eine Frage, und wenn die Frage nicht so beantwortet wird, wie es die ÖVP möchte, dann wird behauptet, die Frage sei nicht beantwortet worden, und dann hält eben der Fragesteller ein Referat. (*Zustimmung bei FPÖ und SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Sie haben nicht verstanden, worum es geht!*)

Ich glaube, Sie hören überhaupt nicht zu. Natürlich habe ich es verstanden. Ich habe Ihnen ja jetzt gesagt, wie Sie die Fragestunde mißbrauchen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist ungeheuerlich! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident: Meine Herren! Können Sie nicht ein bißchen ruhiger sein? (*Abg. Dr. Schwimmer: Das ist eine Kühnheit, diese Behauptung! Sie spricht dem Parlament das Fragerecht ab! Die Frau Partik-Pablé soll zurücktreten!*)

Dr. Helene Partik-Pablé

Abgeordnete Dr. Helene **Partik-Pablé** (*fortsetzend*): Ich glaube, Sie haben nicht aufgepaßt, Herr Kollege Schwimmer! Ich habe nur Ihre Art zu fragen bekrittelt. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Schwiemer: Legen Sie Ihr Mandat zurück, Frau Abgeordnete!*)

Ich möchte auf Ihre Beleidigungen und Anwürfe gar nicht eingehen, denn Ihre Stärke besteht wirklich nur darin, andere Mandatare zu beleidigen, Herr Kollege Schwimmer. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Sicher sind ein sehr wichtiges und vordringliches Problem die Pensionisten mit den ganz geringen Einkommen, nämlich die Ausgleichszulagenbezieher. Ich würde Sie um die Beantwortung der Frage bitten, wie sich die Einkommenssituation der Ausgleichszulagenbezieher entwickelt hat.

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Sinowatz:** Frau Abgeordnete! Ich muß schon sagen, ich danke für das, was Sie vorhin gesagt haben, und ich möchte auch eines dazu feststellen: Natürlich gibt es das Fragerecht, es gibt aber auch das Antwortrecht (*Abg. Dr. Schwiemer: Das sollen Sie ja wahrnehmen!*), und das haben wir, wie wir glauben, nämlich daß wir hier antworten können, Herr Abgeordneter, und das lasse ich mir von Ihnen nicht vorschreiben! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Antwort war sicherlich ganz offen, daß wir zu gewissen Zeitpunkten nicht alles das tun können, was wir tun wollten. Das sagen wir offen und ehrlich, und damit ist die Frage auch beantwortet gewesen. (*Abg. Dr. Blenk: Sie haben die Antwortpflicht, nicht das -recht!*)

Daß wir aber dort, wo wir etwas tun können, es auch wirklich machen — Frau Abgeordnete, Sie haben völlig recht, daß uns das Problem der Ausgleichszulagenbezieher sehr bewegt hat —, ist daraus zu erkennen, daß wir für 1985 einen Heizkostenzuschuß von 800 S vorgesehen haben. Damit kommen die Einkünfte der Ausgleichszulagenbezieher praktisch über der Inflationsrate zu liegen und erfahren damit eine Verbesserung.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kokail.

Abgeordneter **Kokail** (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Auch ich bin Ihrer Meinung, daß es, wenn man die Entwicklung der gesamten

Pensionen seit 1970 betrachtet, zu sehr merkbaren Erhöhungen gekommen ist und die realen Einkommen der Pensionisten in diesem langfristigen Zeitraum sicher sehr stark gestiegen sind. (*Abg. Dr. Ettmayer: 1945!*) Es sind natürlich in den einzelnen Sparten der Pensionen die Entwicklungen verschieden. In den letzten Jahren hat gerade die vorzeitige Alterspension wegen langer Versicherungsdauer an Bedeutung zugenommen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Weil die Leute keine Arbeit mehr haben!*)

Ich hätte von Ihnen, Herr Bundeskanzler, gerne gewußt: Wie haben sich die Pensionen in einzelnen in dieser Sparte entwickelt?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Diese sogenannte Frühpension, die Sie anschneiden, betrug im Durchschnitt im Jahre 1984 bei den Unselbständigen 10 444 S und ist um 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Bei den gewerblich Selbständigen betrug sie 8 432 S und ist um etwa 7,5 Prozent gestiegen. Bei den Bauern beträgt sie jetzt 5 444 S und ist um 6,5 Prozent gestiegen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Ich glaube, wir müssen feststellen, daß Sie nicht nur das Recht haben zu antworten, sondern Sie haben die Pflicht, Fragen, die an Sie gestellt werden, zu beantworten. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es ist schade, daß Sie dieser Verpflichtung, auf eine faire Frage Antwort zu geben, heute nicht nachgekommen sind. Ich glaube, es ist vor allem schade für die Fernsehzuschauer, die diese Fragestunde verfolgen. Wenn man mit ihnen redet, stellen sie immer wieder fest, daß hier Fragen gestellt werden, ohne daß Antworten kommen.

Ich möchte an Sie jetzt eine ganz konkrete Frage stellen, nachdem Sie gesagt haben, daß Ihr Interesse vor allem darin besteht, den sozial Schwachen zu helfen.

Ein Pensionist, der heute netto 6 000 S erhält, zahlt im Jahr 6 000 S an Lohnsteuer. Da das wirklich eine sehr schwerwiegende Belastung ist, könnte man sie sehr leicht verändern, indem man den Pensionistenabsetzbetrag erhöht. Wir haben ja gehört, daß Sie sonst nichts tun werden. Sie stellen keine zusätzliche Pensionserhöhung im Jahr 1986 in Aussicht.

8500

Nationalrat XVI. GP — 94. Sitzung — 13. Juni 1985

Dr. Feurstein

Ich frage Sie daher: Werden Sie zumindest den Pensionistenabsetzbetrag in der Weise erhöhen, daß Pensionisten mit Pensionen in der Größenordnung von 6 000 S monatlich netto keine Lohnsteuer bezahlen müssen? (*Abg. Dr. Schranz: Und der Arbeitnehmer muß sie zahlen? Wie machen Sie das dann?*)

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Feurstein! Ich muß schon sagen, daß ich natürlich meiner Verpflichtung, hier Rede und Antwort zu stehen, immer und auch immer gerne nachgekommen bin (*Abg. Dr. Blenk: Heute aber nicht!*), auch heute, glauben Sie mir das. Ich muß es jetzt noch einmal wiederholen: Habe ich es mir vorhin leichtgemacht bei all den Wünschen, die Sie an mich herangetragen haben? (*Abg. Dr. Blenk: Das waren nicht Wünsche, das waren Fragen!*) Ich habe Ihnen doch überall geantwortet: Leider, es geht nicht. Ich habe mich nicht gedrückt um die Beantwortung der Fragen, die an mich herangetragen worden sind. Daß ich aber begründe, warum das nicht geht, das müssen Sie mir schon auch zubilligen, denn erst dann kommt eine wirkliche Wechselrede zustande, wenn man auch die Begründung dafür liefert. (*Abg. Dr. Blenk: Es waren keine Wünsche, die vorgebracht worden sind, es waren Fragen!*)

Herr Abgeordneter Feurstein! Diese Frage möchte ich mit dem Sozialminister beraten, ich kann jetzt wirklich keine dezidierte Auskunft geben.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Die jetzt nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen werde ich am Beginn der nächsten Fragestunde zum Aufruf bringen.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1221/AB bis 1228/AB eingelangt sind.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Leitner, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner: „Der Herr Bundespräsident hat am 7. Juni 1985, Zl. 1003-09/15, folgende EntschlieÙung gefaÙt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Justiz Dr. Harald Ofner innerhalb des Zeitraumes vom 13. bis 20. Juni 1985 den Bundesminister für Ausw. Angelegenheiten Leopold Gratz mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler
Dr. Neumayer“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich folgenden Ausschüssen zu:

Dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften geändert wird (641 der Beilagen);

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Bundesgesetz über das Dienstrecht der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer (Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985) (642 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Gleichbehandlungsgesetz geändert wird (664 der Beilagen).

Ferner weise ich den eingelangten

Bericht des Bundesministers für Landesverteidigung über die Tätigkeit der UN-Kontingente des österreichischen Bundesheeres im Jahre 1984 (III-97 der Beilagen)

dem Landesverteidigungsausschuß zu.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Donnerstag, den 13. Juni 1985, um 10 Uhr 10 Minuten ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 09 Minuten